

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Siegen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, 05.02.2027, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 2102 - Flachbau -, Berliner Straße 21-22, 57072 Siegen

folgender Grundbesitz:

**das im Grundbuch von Oberdielfen, Blatt 702, eingetragene
Wohnungseigentumsrecht**

BV lfd. Nr. 1

1/3 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Oberdielfen, Flur 9, Flurstück 314, Gebäude- und Freifläche, Oberdielfener Straße 14, Größe: 421 m²

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im 1. Obergeschoß und im Dachgeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet.

Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu dem anderen Miteigentumsanteil gehörendem Sondereigentumsrecht beschränkt. Miteigentumsanteile sind eingetragen in Blatt 701 und 702.

Die Veräußerung bedarf der Zustimmung des anderen Wohnungseigentümers. Dies gilt nicht bei Veräußerung an Ehegatten und Verwandte in gerader Linie, sowie bei Veräußerung durch den Konkursverwalter oder im Wege der Zwangsvollstreckung. Im übrigen wird wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums auf die Eintragungsbewilligung vom 20. Juni / 2. Juli 1991 Bezug genommen.

Der Miteigentumsanteil ist bei Anlegung dieses Blattes von Blatt 95 A hierher übertragen.

Eingetragen am 22. Juli 1991.

versteigert werden.

Das Versteigerungsobjekt befindet sich im Gebiet der Gemeinde Wilnsdorf.

Bebauung laut Gutachten ohne Gewähr für die Richtigkeit: Eigentumswohnung in einem Zweifamilienhaus im 1.OG und DG mit zwei Stellplätzen. Aufteilung: 3 Zimmer, 1 Küche, 2 Flure, 1 Bad, 1 Abstellraum.

Baujahr 1960 gemäß Bauakte. Wohnfläche 84 qm.

Gasheizung Baujahr 2026.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 12.03.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

97.500,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.